

Französische Sorgen um Deutschland und Oesterreich.

Aus Amsterdam, anfangs Juli, wird uns geschrieben:

Welche Hilfsquellen werden wir in den nächsten fünf oder zehn Jahren aus Deutschland ziehen? Die Regierung des Reiches (Reich als deutsches Wort angeführt) wird Verpflichtungen offenbar nur mit dem Hintergedanken auf sich nehmen, sie nicht zu erfüllen, oder wenigstens in der festen Hoffnung, sie bald revidieren zu lassen. Die Nachrichten von jenseits des Rheins zeigen, selbst wenn man die gewollte Uebertreibung in Abzug bringt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands fürchtbar sind. Die Löhne steigen ohne Unterlaß, die Teuerung wächst noch immer, der Arbeitsvertrag sinkt. Welche Politik werden die Alliierten verfolgen, um Deutschland auf den Weg zu bringen, daß es produziere und zahle?

Frankreich hat Sorgen. Trotz des Sieges schwere Sorgen, und zwar Sorgen um Deutschland. Es ist nicht der Kummer des Dichters, der seinem Schmerz um Deutschland mit dem Seufzer: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“, Ausdruck gab. Aber immerhin etwas Ähnliches, und verwunderlich genug kommt diese Sorge in dem Hauptorgan der Rusqu'aboutisten, im „Lemps“, dem die obige Klage entnommen ist, zum Vorschein. Frankreich hat ein fürchtbarer Gläubiger zu werden versprochen, und es hängt ihm — gewiß nicht um Deutschlands Zukunft an sich, aber doch, wie Deutschland die ihm zugedachte Knechtschaft ertragen wird. Nebenfalls sind die „Demokraten“ in Paris nicht vollkommen davon überzeugt, daß das Sklavenregime des zwanzigsten Jahrhunderts, das sie in Mitteleuropa einzuführen gedenken, ihrem Volke die versprochenen ungezählten Milliarden einbringen wird.

„Und solange Deutschland nichts oder fast nichts zahlen wird, wie werden die Alliierten sich gegenseitig helfen, damit die Geprüftesten unter ihnen infolge der Zahlungsunfähigkeit des Feindes nicht selbst zum Bankrott verurteilt sind?“

Das war ein neuer Appell, jämmerlicher noch als die zahllosen vorhergehenden, an die Freunde mit der großen Geldtasche in London und New-York. Wird er diesmal erhört werden? In Amerika gibt es viele Stimmen, die die wirtschaftliche Zukunft nichts weniger als optimistisch beurteilen. Der Präsident der größten amerikanischen Bank, Banderlip, der kürzlich von längerem Aufenthalt in Europa in seine Heimat zurückkehrte, hat sich außerst pessimistisch ausgesprochen, und hat vielleicht eben deshalb von seiner Stelle zurücktreten müssen. Amerika solle die Warenlieferungen nach Europa streng kontrollieren und für die vorgestreckten Summen die Kollennahmen der Schuldnerländer sich verschaffen lassen. Auch Frankreich, dem früheren Bankier der Welt, hatte er eine derartig demütigende Vormundschaft zugedacht.

Indem Deutschland sich dem Friedensvertrag der Entente unterwirft, leistet es der brüchig gewordenen kapitalistischen Wirtschaft einen großen Dienst und hätte dafür — bei entschlossenem einmütigen Widerstand — beinahe sicher einen besseren Frieden durchsetzen können. Allerdings, daß es selbst bei größter Bereitwilligkeit, den Friedensvertrag zu erfüllen, zu den von ihm erwarteten Leistungen nicht befähigt sein wird: diesbezüglich ist jeder Zweifel unzulässig. Die Entente hat Deutschland jede Betätigungsmöglichkeit, selbst die Möglichkeit, frei zu atmen, genommen, und sie wird daher aus der deutschen Wirtschaft weitaus nicht so viel herausziehen vermögen, als sie glaubt. Der hier und auch in den anderen neutralen Ländern nach einer vorübergehenden starken Steigerung wieder eingetretene Rückgang der deutschen Valuta zeigt, daß trotz des Friedensschlusses die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands keineswegs sehr günstig beurteilt werden. Aber selbst wenn die Entente Deutschland gegenüber liberaler wäre, ist es fraglich, ob sie, ohne sich selbst zu schädigen, von Deutschland auch nur annähernd so viel herausziehen könnte, als sie beabsichtigt. Dieke man Deutschland auf dem Weltmarkt so viel Raum, daß es durch seinen Export Entschädigungen von der verlangten Riesenhastigkeit zu leisten in der Lage wäre, und ließe man ferner Deutschland die dazu notwendige Produktionsmöglichkeit, dann entstände erst noch das Problem, wie die anderen Staaten so viel deutsche Ware aufnehmen könnten, ohne ihre eigene Produktion gewaltsam niederzuhalten. Die Sieger werden hinsichtlich ihrer Milliardenhoffnungen eine bittere Enttäuschung erleben.

In derselben Nummer, der die obigen Betrachtungen entnommen sind, äußert sich der „Lemps“, der sonst selbst die geringsten Zustände gegen die Mittelmächte äußerst rabiat abzulehnen pflegt, in einem finanziellen Artikel über Oesterreich (den wir im Auszug bereits veröffentlicht haben, D. N.) sehr vernünftig. Das „Journal des Débats“, das ja auch als ernstes Blatt gilt, teilte dagegen seinen Lesern mit, daß aus Furcht vor der Regierung (!) kein Wiener Blatt für die Friedensbedingungen von Saint-Germain einzutreten wage. Für jene kranken Friedensbedingungen, durch die Deutsch-Oesterreichs Bevölkerung um den größten Teil von Hab und Gut gebracht würde und durch Arbeitslosigkeit verelenden müßte.